

Vorort-Visionen von der sozialen Großsiedlung bis zur Eigenheim-Idylle

Zur Planung, Aushandlung und Aneignung des Wohngebiets
»Am Rödelheimer Weg« in Eschborn

Noah Nätscher

Ein Stadtspaziergang ähnelt einer Zeitreise: An Fassaden und Bauweisen, an Stadtstrukturen und öffentlichen Plätzen lässt sich die Geschichte eines Stadtviertels ablesen. Sie sind Zeugnisse seiner Entstehungsumstände und geben Aufschluss über Planungen sowie zuweilen Kontroversen. Das gilt nicht nur für die bekannten, historischen Quartiere in den Großstädten Europas – der Geschichte lässt sich auch in kleineren, suburbanen Städten und Gemeinden nachspüren. So zum Beispiel in der Kleinstadt Eschborn neben Frankfurt, wo das Wohngebiet Am Rödelheimer Weg einen Rückblick auf über 30 Jahre suburbanen Städtebau eröffnet.

Eschborn zählt zu den Gemeinden, die in besonders starker Weise von der Suburbanisierung und ihren Folgen geprägt wurden. Die rund 21.000 Einwohner*innen große Kleinstadt im Ballungsraum Rhein-Main machte sich ihre günstige Lage und die Verkehrsanbindung an die Großstadt Frankfurt zunutze: Sie etablierte sich mithilfe einer aktiven Ausweisung von Gewerbeflächen sowie der Werbung durch einen niedrigen Gewerbesteuerhebesatz als Wirtschaftsstandort. Heute ist sie als Haupt- oder Nebensitz zahlreicher großer Dienstleistungsunternehmen bekannt (Magistrat der Stadt Eschborn 2007: 46). Während die Grundsteine für Eschborns Zukunft als Dienstleistungszentrum bereits in den 1950er Jahren gelegt wurden, fiel die Hochphase des städtischen Wachstums in die 1960er und 1970er Jahre. Sie schlug sich nicht nur in der Besiedelung der Gewerbegebiete der Stadt nieder, sondern ging auch mit neuen Wohngebieten einher – darunter das Baugebiet Am Rödelheimer Weg (Kaup 1993: 62–64).

Methodik

Die Planung des Wohnviertels Am Rödelheimer Weg zog sich von den frühen 1970er bis in die 1990er Jahre. Als wohl umstrittenstes Baugebiet der Stadt wurde es in

seiner Planung und Verwirklichung von zahlreichen Debatten begleitet; seine Geschichte zeigt die Auswirkungen von bundesweiten Planungsdiskursen und städtebaulichen Leitbildern im suburbanen Raum auf. Dabei ermöglicht die geschichtswissenschaftliche Untersuchung der Jahrzehntelangen Entstehungsgeschichte eine Nachzeichnung des Wandels, den suburbane Gemeinden in ihren Stadtentwicklungsvisionen und ihrer Planungspraxis durchlaufen haben: von der auslaufenden Hochphase randständigen Wachstums in den 1970er Jahren bis in die Zeit des postmodernen Suburbia. Deutlich werden dabei nicht nur die sich stetig verschiebenden Aufgaben und Chancen von Planung im suburbanen Raum, sondern auch die Herausforderungen, die sich speziell aus diesem Kontext heraus ergaben. Zugleich eröffnet die historische Untersuchung noch eine weitere Perspektive: In der Analyse von Protokollen politischer und planerischer Auseinandersetzungen, Flugblättern oder städtischen Werbebroschüren zeigt sich das sich verändernde Selbstverständnis suburbaner Gemeinden. Erfahrbar wird dabei die Suche von Städteplaner*innen und gemeindlichen Körperschaften nach der Rolle und der Bedeutung suburbaner Gemeinden – eine Frage, die bis heute Gültigkeit hat.

Der nachfolgende Beitrag begleitet daher das Wohngebiet Am Rödelheimer Weg von den frühen Planungsanfängen in den 1970er bis zu seiner Fertigstellung in den 2000er Jahren. Dieser Entstehungsprozess wird aus drei unterschiedlichen Perspektiven heraus beleuchtet: Zunächst handelt es sich bei der Geschichte des Rödelheimer Wegs um eine Planungsgeschichte. Ausgehend von den ursprünglichen Visionen einer sozialen Großsiedlung werden hier die politischen und städtebaulichen Entscheidungsprozesse bis hin zur tatsächlichen Realisierung des Viertels als Einfamilienhaussiedlung deutlich. Im Mittelpunkt steht dabei die Suche der Eschborner Politiker*innen nach einer planerischen Balance zwischen sich wandelnden städtebaulichen Leitbildern und der kommunalpolitischen Realität, die ihre Umsetzung einschränkte. Begleitet wurde die Entstehung des Wohngebiets von zahlreichen Konflikten und Protesten. Ihre Analyse ermöglicht einen Blick auf die unterschiedlichen Akteur*innen, die sich um Einfluss auf die städtische Planung bemühten. Sie zeigt jedoch auch die Schwierigkeiten und Grenzen bürgerlicher Partizipation im suburbanen Raum auf. Zuletzt öffnet sich, vor allem in der Betrachtung der Fertigstellung und Ausgestaltung des Gebiets Am Rödelheimer Weg, ein Blick auf Stadtmarketing und städtische Identitätsbildung in dem Wohnviertel. Er macht deutlich, wie sehr sich das städtische Selbstbewusstsein des Vororts im Laufe der Jahrzehnte veränderte. Insbesondere im direkten Vergleich zwischen den Planungskonzeptionen für den Rödelheimer Weg in den 1970er Jahren und den Bemühungen zur Ausgestaltung und Aneignung des Viertels in den 1990er und 2000er Jahren lässt sich auf diese Weise Eschborns Wandel in seiner Rolle als suburbane Gemeinde nachzeichnen.

Der lange Weg vom Bauplan zum Baugebiet

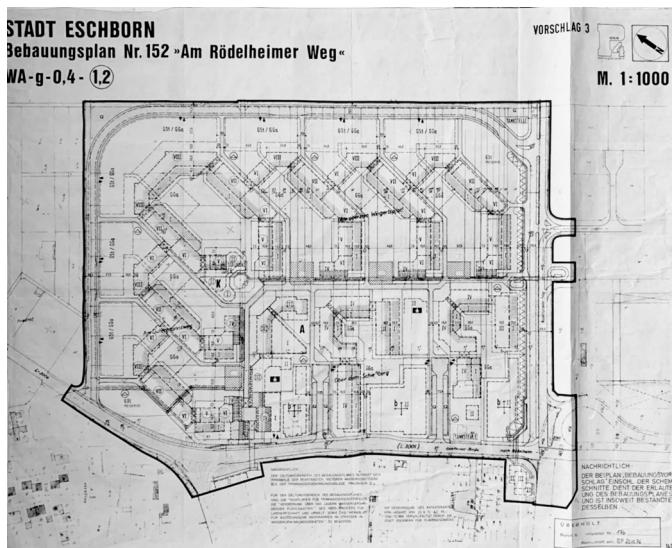
Die Anfänge des Neubaugebiets Am Rödelheimer Weg reichen über ein halbes Jahrhundert zurück: In einem 1969 aufgestellten Flächennutzungsplan wurde die ehemals landwirtschaftlich genutzte Randfläche der Stadt erstmals für den Wohnbau ausgewiesen (Stadt Eschborn 1969). Das hier angedachte Wohngebiet sollte Neubürger*innen Platz bieten, die sich beispielsweise aufgrund ihrer Anstellung in den jüngst angesiedelten Gewerbebetrieben in der expandierenden Vorortgemeinde niederließen. Die städtischen Politiker*innen bemühten sich dabei nicht nur um das Auffangen der aktuellen Wohnraumnachfrage, sondern planten bereits für die Zukunft: Auf der Grundlage von Prognosen der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain war in Eschborn ein Bevölkerungsanstieg von rund 18.000 im Jahr 1971 auf 35.000 Einwohner*innen bis ins Jahr 1985 vorgesehen (Stadt Eschborn/Regionale Planungsgemeinschaft Untermain 1972: 9).

Die Prognose orientierte sich an der Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet der 1960er Jahre. Als Ballungsraum, der neben der Großstadt Frankfurt noch andere Zentren wie Wiesbaden und Darmstadt verbindet, war die Region aus mehreren Kernstädten heraus vom Suburbanisierungsprozess beeinflusst. Ende der 1960er Jahre war das Wachstum der Rand- und Umlandgemeinden hier ähnlich wie im Rest der Bundesrepublik auf einem Höhepunkt angelangt (Soyka 2012: 125–127). Der Suburbanisierungsprozess hatte bereits seine Spuren hinterlassen. Neue Wohn- und Gewerbegebiete erweiterten die Ortschaften und prägten ein neues Siedlungsbild. Und obwohl die Gemeinden – im Gegensatz zu den Kernstädten – zumindest finanziell von den Entwicklungen profitierten, wurden auch hier in den 1970er Jahren die ersten besorgten Stimmen laut, die eine Eindämmung der Suburbanisierung forderten. Kritisiert wurde besonders die ungeordnete Zersiedelung der Umlandgemeinden in die Peripherie, deren langfristige Planung eine Herausforderung für die beteiligten Kommunalpolitiker*innen darstellte (Woyke 2006).

Unter anderem als Antwort darauf führte die Bundesregierung 1971 das Städtebauförderungsgesetz ein. Es förderte nicht nur Sanierungsmaßnahmen in den Innenstädten mit dem Ziel einer Abbremsung der Randwanderung, sondern ermöglichte zudem eine aktivere Entwicklungsplanung kleinerer Städte und Gemeinden. Ihnen kam vor allem der Abbau finanzieller Hürden durch die Beteiligung von Bund und Ländern an Erneuerungsmaßnahmen zugute (Harlander 1999: 301–302). Auch die Eschborner Politiker*innen hofften, durch die Ausweisung städtischer Entwicklungsbereiche vom Städtebauförderungsgesetz zu profitieren. Sie nutzten die Gelegenheit zur Konkretisierung der städtischen Bauabsichten und schrieben in einem städtebaulichen Wettbewerb 1972 die Konzeption für drei Planungsgebiete aus – darunter auch das Planungsgebiet II Am Rödelheimer Weg (Stadt Eschborn/Regionale Planungsgemeinschaft Untermain 1972: 9).

Aus den eingereichten Entwürfen wurde das Konzept der Berliner Planungsgruppe P4 zum Sieger des Wettbewerbs gekürt. Ihr Entwurf, der zur Grundlage für den Bebauungsplan wurde, sah eine Dreiteilung des Gebiets vor: Ein Teil war Einfamilienhäusern vorbehalten, die als Eigenheime erworben werden konnten; ein Übergangsbereich sah daran anknüpfend mehrere Wohnblöcke in drei- bis vierstöckigem Geschosswohnungsbau vor; zuletzt wurden die erstgenannten Areale von einer größeren, L-förmigen Wohnhofzone umschlossen, die aus mehreren achtgeschossigen Baukomplexen mit Innenhöfen bestanden. Insgesamt sollten in dem Areal über 1.500 Wohnungen für rund 4.500 Menschen entstehen. Daneben waren zwei städtische Kindergärten, eine Altenwohnstätte und ein sogenanntes Kommunikationszentrum mit Versammlungssaal, Straßencafé und Restaurant geplant (Stadt Eschborn/Planungsgruppe P4 1973: 11–14).

Abb. 1: Der erste Bebauungsplan auf Grundlage des Konzepts der Planungsgruppe P4 (Stadt Eschborn 1974)



Die Umsetzung des Planungsgebiets Am Rödelheimer Weg hatte von den drei vorgesehenen Planungsgebieten die höchste Priorität: zum einen aufgrund der nach wie vor steigenden Nachfrage nach Wohnraum, zum anderen aufgrund der Grundstückspreise, die seit der Ausweisung als Wohnbaufläche ungebremst nach oben schossen. Um den Spekulationen Einhalt zu gebieten, entschlossen sich die städtischen Gremien, das komplette Gebiet aufzukaufen. Einen Großteil der Fläche verkauften sie weiter an die damals noch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft

Nassauische Heimstätte, heute fusioniert zur Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt. Die Heimstätte verpflichtete sich bis 1976 zur Bebauung der Wohnhofzone, die übrigen Bereiche des Rödelheimer Wegs verblieben in den Händen des stadtteiligen gemeinnützigen Wohnungsunternehmens (Stadt Eschborn 1973).

Nun hätte die Bebauung beginnen können – doch es kam zu ersten Verzögerungen in der Verwirklichung des Baugebiets, als ein Gutachten der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain einen deutlichen Rückgang des Bevölkerungswachstums vorhersagte (Regionale Planungsgemeinschaft Untermain 1973). Die Planungsgemeinschaft reagierte damit auf die Wende im Bevölkerungswachstum 1972: Erstmals wurden mehr Sterbefälle als Geburten verzeichnet. Was lange Zeit als »Pillenknick« bekannt war, in Referenz auf die Verbreitung des Verhüttungsmittels seit Ende der 1960er Jahre, wird heute mit einem Wandel in Ehe und Familie sowie dem Abklingen eines Nachholbedarfs aus dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht (Ehmer 2004: 44–45). Zusätzlich zeichneten sich auf dem Wohnungsmarkt Tendenzen für eine gesunkene Nachfrage nach Mietwohnungen im suburbanen Raum ab. Dies lag einerseits an einer Abkehr vom Mietwohnen im Allgemeinen und einem Bauboom im Bereich der Einfamilienhäuser, der sich infolge der gestiegenen Löhne und der Inflation Anfang der 1970er entwickelte. Andererseits gewann im Laufe des Jahrzehnts das Wohnen in der Kernstadt wieder an Attraktivität, das suburbane Wachstum klang ab (Kühne-Büning/Plumpe/Hesse 1997: 170–173). Nachdem die Stadt in den 1960er und frühen 1970er Jahren in eine Krise geraten war, wie der Deutsche Städetag 1971 diagnostizierte (Meyer/Meyer-Woeller 2005: 102), war nun ein Wandel erkennbar, der durch Reaktivierungs- und Sanierungsmaßnahmen in den Innenstädten vorangetrieben wurde. Urbanität bekam ein neues gesellschaftliches Gewicht, die Innenstadt als Wohnort erlebte ein Revival (Holl/Jessen 2007: 276–278). Attraktiv blieben die Vororte dagegen vor allem für junge Familien, deren Wohnbedürfnisse meist mit dem Wunsch nach einem Eigenheim im Grünen verbunden waren (Kuhn 2006: 78).

Die Entwicklungen veranlassten die Eschborner Politiker*innen dazu, den Bebauungsplan für den Rödelheimer Weg anzupassen, und einen Großteil des Geschosswohnungsbaus vor den Wohnhöfen durch weitere Einfamilien- und Reihenhäuser zu ersetzen (Kiekheben-Schmidt 1976). Bis 1978 entstanden in diesem Teil des Baugebiets vorrangig Eigenheime, geförderter Wohnraum wurde speziell für Aussiedler*innen und Senior*innen ausgewiesen (Birkenmaier 1978). Während der stadteigene Bereich des Planungsgebiets bebaut und teils schon bezogen wurde, herrschte in der angedachten Wohnhofzone noch immer Stillstand: Es erwies sich als unerwartet schwierig, einen Investor für die achtgeschossigen Wohnblöcke zu finden. Doch nicht nur die verantwortliche Wohnungsbaugesellschaft schob den Bau auf, auch die städtischen Vorstellungen für die Wohnsiedlung hatten sich in der Zwischenzeit verändert. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Nachfrage nach

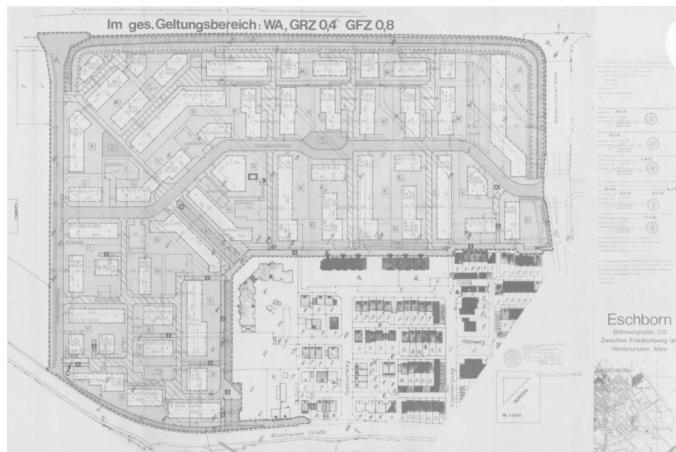
Eigenheimen und gestützt von den Planungszielen der CDU, die 1977 die alleinige Mehrheit im Stadtparlament übernommen hatte, verfolgte die städtische Politik einen neuen Kurs: Anstelle der Expansions- und Verdichtungstendenzen der frühen 1970er Jahre strebte sie eine gemäßigtere Stadtentwicklung an. In der Praxis ergab sich daraus eine Verringerung von Geschossbau zugunsten von Einfamilienhäusern und eine verstärkte Einplanung von Frei- und Grünflächen (Du Bois 1996: 22).

Damit folgte die Planungspolitik der CDU nicht nur der veränderten Nachfragesituations auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch dem Wandel städtebaulicher Leitbilder. Als monoton und lebensfeindlich hatten die Stadterweiterungen und Großsiedlungen der 1960er Jahre zunehmend Kritik in Politik und Öffentlichkeit erfahren. Der städtebauliche Blick richtete sich vor allem seit der Mitte der 1970er Jahre zunehmend auf das Stadtinnere – und auf seine Geschichte: Das Denkmalschutzjahr 1975 und das Aufkommen der ersten Denkmalschutzgesetze in den Ländern zeugten von einem gewachsenen Stellenwert historischer Bausubstanz und ebneten den Weg für umfangreiche Sanierungsmaßnahmen (Harlander 1999: 333–334). Obwohl sich letztere vorrangig im Eschborner Ortskern zeigten, hinterließ der Wandel der Leitbilder auch am Rödelheimer Weg seine Spuren. Die Kommunalpolitiker*innen legten einen neuen Schwerpunkt auf Wohnqualität anstelle von Dichte, sowie auf den Erhalt von Grün und dörflichen Strukturen (Du Bois 1996: 2–23).

In den 1980er Jahren nahm die Stadt Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft auf, um die Planung des Rödelheimer Wegs an diese Leitlinien anzupassen und die Bebauung des Wohngebiets einzuleiten. Die Aushandlung eines für beide Parteien annehmbaren Kompromisses kostete sowohl die Stadt als auch die Bau- gesellschaft mehrere Jahre und erhebliche finanzielle Verluste: Eine Einigung auf eine veränderte Planung und Finanzierung wurde erst 1990 erzielt (Stadt Eschborn 1990a). Mit dem neuen Baukonzept waren die ehrgeizig geplanten Wohnkomplexe der frühen 1970er Jahre Geschichte: Stattdessen sah es vor allem Mehrfamilien- und Reihenhäuser vor, einzelne Geschossbauten blieben auf Forderung der SPD-Fraktion hin erhalten (Stadt Eschborn 1992).

Die Bebauung des Gebiets begann 1994, seine Fertigstellung zog sich jedoch bis in die 2000er Jahre. Erst Ende der 1990er Jahre wurde das Herzstück des Wohngebiets Am Rödelheimer Weg in Angriff genommen: das sogenannte Erlebnishaus. Als »Ort der Begegnung für unterschiedliche Altersgruppen« (Stadt Eschborn 2002) ersetzte es die ursprünglich angedachten Gemeinbedarfseinrichtungen und vereinte neben einer Kindertagesstätte auch Räumlichkeiten für Jugendliche, Seniorengruppen und Vereinsarbeit (Ebd.). Im Jahr 2006 wurde mit dem Bau des letzten Mehrfamilienhauses begonnen und der Rödelheimer Weg kam zu einem Abschluss. Im Ergebnis präsentierte sich ein Quartier mit mehr als 200 Einfamilienhäusern und 300 Wohnungen, in dem heute etwa 1.500 Menschen leben (Stadt Eschborn 2006).

Abb. 2: Der 1992 verabschiedete Bebauungsplan für das Wohngebiet Am Rödelheimer Weg (Stadt Eschborn 1992)



Der Rödelheimer Weg im Brennpunkt öffentlicher Debatten

Von der ersten Stunde seiner Planung an war das Baugebiet Am Rödelheimer Weg ein strittiges Thema in Eschborn. Die stetigen Verzögerungen und die Steigerung der Kosten erhöhten in Verbindung mit der sich zusätzlichen Wohnungsknappheit in der Stadt die Brisanz der Konflikte. Die Kontroversen um den Rödelheimer Weg wurden daher nicht nur innerhalb der städtischen Politik ausgetragen, sondern auch in der Bürgerschaft aufgegriffen.

Schon 1972 erregte das Baugebiet vor dem Hintergrund der mit ihm verbundenen Kosten für die Stadt Eschborn Aufsehen in der regionalen Presse. Zur Eindämmung der Preisexplosion und der Grundstücksspekulation hatte die Stadt Kredite in Höhe von 20 Millionen D-Mark aufgenommen, um das Gelände aufzukaufen – eine Maßnahme, die als vorschnell, unüberlegt und riskant bemängelt wurde (Huth 1973). Obwohl die städtischen Gremien sich bemühten, die Hintergründe hinter dieser Entscheidung offenzulegen, wurden die Vorwürfe in den darauffolgenden Jahren immer wieder aufs Neue aufgegriffen. Insbesondere in den 1980er Jahren, ausgelöst durch die Aufnahme der Verhandlungen zwischen der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaft sowie das Bekanntwerden der finanziellen Verluste der Stadt am Baugebiet, flammte die Kritik an den getätigten Ausgaben erneut auf (BGE Eschborn 1981).

Mit der Veröffentlichung des ersten Entwurfs der Planungsgruppe P4 wurde die Planung des Wohngebiets selbst zum Thema in der Bürgerschaft. Anfang der 1970er Jahre formierten sich Bürger*innengruppen und Gesprächsforen, die sich mit Pla-

nungsfragen und -herausforderungen befassten. Dabei handelte es sich nicht um eine genuin Eschborner Entwicklung: In der gesamten Bundesrepublik bildeten sich seit den späten 1960er Jahren Bürger*innenbewegungen als Folge eines neuen politischen Bewusstseins, das mit der 1968er-Bewegung, aber auch mit der Politik Willy Brandts einherging (Flagge 1999: 860). Mit dem Ziel der Rückeroberung städtischer Räume wandten sich diese Bewegungen explizit der Stadtplanung zu: Sie forderten eine stärkere Mitbestimmung, ein Aufbrechen der Autorität kommunaler Planung und eine erhöhte Transparenz in städtebaulichen Prozessen. Damit waren sie Treiber eines grundlegenden Wandels in der Planungskultur, die sich von der technokratischen Vorgehensweise der 1960er Jahre entfernte und partizipativer wurde (Othengrafen/Sondermann 2015: 7).

In Eschborn setzte sich der Arbeitskreis Urbs Humana in besonders öffentlichkeitswirksamer Weise mit dem Wohngebiet auseinander. Er hatte sich 1970 aus dem Motiv heraus gegründet, auf die Stadtplanung Eschborns einzuwirken, um – nach eigener Aussage – eine menschlichere Stadt zu schaffen (Urbs Humana 1974). Mit der menschlichen Stadt griff der Arbeitskreis eine Phrase auf, die in den 1970er Jahren weithin diskutiert wurde – so auch beim Städtetag 1973: Sie forderte eine Abkehr von der Stadtentwicklung der vergangenen Jahre, die die Lebensqualität hinterangestellt und eine geradezu menschenfeindliche Umwelt produziert habe (Meyer/Meyer-Woeller 2005: 103–104). Vor diesem Grundsatz kritisierte Urbs Humana die vorgelegten Pläne für den Geschossbau am Rödelheimer Weg und warnte vor der Entstehung der geplanten »Massen-Quartiere« (Urbs Humana 1974). Zugleich betonte die Initiative die eigene Verantwortung zur Vorlage konkreter städteplanerischer Alternativen und veröffentlichte Planungsskizzen mit Vorschlägen zur Verkehrsführung oder zur Abänderung der Bebauung speziell in der Wohnhofzone. Urbs Humana bemängelte aber neben den Inhalten auch den Planungsprozess der Stadt, in dem sich der Arbeitskreis nicht genügend gehörte sah. Unter den Vorwürfen einer intransparenten oder undemokratischen Planung forderte die Gruppe eine stärkere Bürger*innenbeteiligung ein (Urbs Humana 1973). Doch der kritische, teils polemische Ton der Sprecher*innen des Arbeitskreises erregte den gegenteiligen Effekt: Die Stadtverordnetenversammlung, die noch 1970 explizit die Unterstützung des Arbeitskreises beschloss, ging kaum und immer seltener auf die Vorschläge der Initiative ein und äußerte sich öffentlich zunehmend negativ zu Urbs Humana. Aus diesem Grund und anhand eines nachlassenden Interesses in der Bürgerschaft löste sich der Arbeitskreis Anfang des Jahres 1975 auf (Konanz 1975).

Doch nicht nur Bürger*inneninitiativen und neugegründete Arbeitskreise beteiligten sich zu Beginn der 1970er Jahre an den Visionen zum Rödelheimer Weg; die Planungseuphorie erfassste auch etablierte Vereine und die Kirche. So richtete das Volksbildungswerk ein regelmäßiges »Bürgergespräch zur Stadtentwicklung« ein, die katholische Kirchengemeinde veranstaltete ebenfalls Gesprächs- und Diskussionskreise. Hinzu kamen städtische Bemühungen zur Stärkung der Partizipation

(Stadt Eschborn 1973a). Sie beruhten auf den Vorgaben des Städtebauförderungsgesetzes von 1971, in dem sich der Wandel der Planungskulturen niedergeschlagen hatte. Es schrieb explizit eine Beteiligung der Bürgerschaft an Planungsprozessen vor (Städtebauförderungsgesetz 1971). Daher wurde die Bebauung des Rödelheimer Wegs in einer eigens gegründeten Stadtplanungskommission sowie in mehreren Bürger*innenversammlungen vor- und zur Diskussion gestellt: Sie thematisierten die Planung, Gestaltung und Verkehrsführung des Viertels (Stadt Eschborn 1973a). Doch auch von städtischer Seite funktionierte die Bürger*innenbeteiligung keineswegs so wie erhofft: Nach nur einem Jahr löste der Landrat die Stadtplanungskommission aufgrund von rechtlichen Streitigkeiten auf (Landratsamt Main-Taunus-Kreis 1974).

Mit dem Abklingen der Bürger*innenbeteiligung und dem anhaltenden Stillstand auf großen Teilen des Baugebiets verschwand der Rödelheimer Weg vor allem zum Ende der 1970er Jahre fast vollständig aus den öffentlichen Debatten – andere Baugebiete und Projekte bestimmten den Diskurs. Auch die Änderung des Bebauungsplans 1976 wurde vor allem in der städtischen Politik thematisiert, der darauffolgende Beginn der Bebauung mit den ersten Einfamilienhäusern löste nur ein geringes Echo in der Öffentlichkeit aus (Birkenmaier 1978). Der Wegfall partizipativer Strukturen und das sinkende Interesse der Eschborner Bürger*innen war nicht allein auf den spezifischen Stand des Bauprojekts zurückzuführen. In zahlreichen Städten und Gemeinden zeigte sich ab Mitte des Jahrzehnts ein Rückgang der Bürger*innenbeteiligung – die Aufbruchsstimmung der frühen 1970er Jahre verflüchtigte sich, viele Beteiligungsangebote hatten sich den Bürger*innen als ineffektiv, kompliziert und alternativlos präsentiert (Selle 1996: 63–64). Erst um 1980 kam mit der Bildung grün-alternativer Fraktionen eine neue städtische Protestkultur auf (Haumann 2015: 101–102).

So auch in Eschborn: Anfang der 1980er Jahre brachte eine neu gegründete Wähler*innengemeinschaft das Gebiet Am Rödelheimer Weg wieder ins Gespräch. Im Zuge der Kommunalwahl 1981 nutzte die Bürgergemeinschaft Eschborn (BGE) die lange Brachlage des Baugebiets als Wahlkampfthema für sich, und warb mit ihrem Einsatz für eine möglichst zügige Schaffung von Wohnraum auf dem Gelände. Dabei setzte sie mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen Zeichen, wie der Errichtung eines »Protest-Turms« oder der Besetzung des Baugebiets im März 1981 (o.V. 1981).

Während die Protestaktion vor allem dazu diente, die etablierten Parteien unter Druck zu setzen und Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren, griff die Bürger*innengemeinschaft daneben noch eine weitere Kontroverse auf, die bis dahin weitgehend innerhalb der Stadtverordnetenversammlung geführt worden war: die Frage danach, wie sozial der Rödelheimer Weg sein sollte. Die Kürzung von Sozialwohnungen infolge der Aufgabe des Geschossbaus zugunsten von Einfamilien- und Reihenhäusern hatte bereits in den 1970er Jahren Debatten aufgeworfen, die jedoch vor allem zwischen den verantwortlichen Politiker*innen ausgetragen wur-

den (Kiekheben-Schmidt 1975). Als der Bebauungsplan 1990 zum zweiten Mal verändert werden sollte und die geplanten Wohnhöfe wegfießen, gelangte das Thema verstärkt in die Öffentlichkeit. Neben dem politischen Einsatz der Opposition aus SPD und BGE in der Stadtverordnetenversammlung übten auch Presse und Bürger*innen Druck auf die städtische Politik aus: In Leserbriefen und Zeitungskommentaren wurde die deutlich geringere Anzahl an Wohnungen sowie der Wegfall von gefördertem Wohnraum kritisiert (Hoertrich 1990). Die Bemühungen erzielten zumindest einen Teilerfolg: Im März 1992 stimmte die Stadtverordnetenversammlung einer Aufstockung des Wohnraums und einer höheren Zahl an Geschossbauten zu (Stadt Eschborn 1992). Mit dem darauffolgenden Baubeginn ebbten die Diskussionen um den Rödelheimer Weg ab.

Ein neues altes Selbstbild: Die Vermarktung des Kleinstädtischen

Trotz – oder vielleicht gerade wegen – seiner holprigen Geschichte wurden der Abschluss der Planungen und der Beginn der Bebauung seitens der städtischen Politiker*innen als Meilenstein gefeiert. Sowohl der Ortsverband der CDU als auch der SPD nahm die lange aufgeschobene Verwirklichung des Rödelheimer Wegs während der Bürgermeisterwahlen 1995 wie auch bei den Kommunalwahlen 1997 für sich ein. In ihren Erfolgsnarrativen betonten die Parteien zum einen die städtebauliche Leistung, mit dem Rödelheimer Weg die letzte große Baulücke der Stadt zu schließen, zum anderen die soziale Errungenschaft der Schaffung von Wohnraum und Gemeinbedarfseinrichtungen für rund 1.500 Menschen (CDU Eschborn 1993; SPD Eschborn 1995).

Die Nachfrage nach Wohnraum im Ballungsgebiet Rhein-Main war nach wie vor hoch, auch in den Umlandgemeinden – obwohl die Dynamik des Suburbanisierungsprozesses im Laufe der 1990er Jahre abflachte (Soyka 2012: 129–130). Parallel zeigten sich Tendenzen zur Reurbanisierung: Die Stadt erfuhr eine neue Bedeutung in der Region. Der Randwanderungsprozess war damit einem komplexen Netz aus inner- und überregionalen Migrationsströmen gewichen, die von zahlreichen Faktoren abhängig waren. Aus den Umlandgemeinden hatten sich eigene klein- und mittelstädtische Zentren entwickelt, die zunehmend unabhängiger von der Kernstadt waren und mit ihr in Konkurrenz traten (Brake/Dangschat/Herfert 2001: 8–9). Im steigenden globalen und regionalen Wettbewerb der Städte und Gemeinden bekamen daher Stadtmarketing und städtische Imagebildung einen neuen Stellenwert – nicht nur mit dem Ziel der Anziehung von Gewerbebetrieben, sondern auch von privaten Haushalten (Schott 2016: 170–171; Brake 2004: 197–198).

Die städtischen Gremien Eschborns bemühten sich daher parallel zur politischen Vermarktung des Baugebiets Am Rödelheimer Weg um eine aktive Werbung zum Verkauf der Grundstücke und zur Besiedelung des Wohngebiets. Schlüsselele-

ment war dabei das Framing des Viertels als Raum der generationenübergreifenden Begegnung: Der Rödelheimer Weg sollte vor allem Senior*innen und jungen Familien ein Zuhause bieten. Ausgangspunkt dieser Idee war die bestehende Altentagesstätte, die bereits in den 1970er Jahren in dem durch die städtische Wohnungsbau-gesellschaft bebauten Areal des Rödelheimer Wegs entstanden war. Ihrer Erweiterung schlossen sich nun weitere geförderte Wohnungen für Senior*innen und behinderte Menschen, aber auch für einkommensschwache Familien an (Stadt Eschborn 1991).

Auf diese Weise wurden die städtischen Politiker*innen den Forderungen nach einer stärkeren Einbeziehung von öffentlich gefördertem Wohnraum in das Neubaugebiet gerecht, bestimmten aber gleichzeitig die Zielgruppen für diese Wohn-einheiten. Mit weiteren Wohnprojekten, die die Stadt Eschborn gemeinsam mit der verantwortlichen Wohnungsbau-gesellschaft ins Leben rief, bemühte sie sich vor al-lem um die Anziehung von Familien mit Kindern, um eine Belebung und Durch-mischung des Viertels voranzutreiben. Daneben warb die Stadt mit Pilotprojekten wie dem Programm »Leben im Wohnquartier – Wohnstift« (Kalinowski 1995). Dabei sicherten sich Käufer*innen eines Eigenheims schon mit dem Einzug ein ideelles Wohnrecht auf einen Platz in der Altenwohnanlage Am Rödelheimer Weg. (Zukünftige) Senior*innen, die einen Heimplatz in Anspruch nahmen, könnten so in ihrer gewohnten Nachbarschaft bleiben – dahinter stand der Gedanke der Entstehung einer festen, nachbarschaftlichen Gemeinschaft, die über die Generationen und die Zeit hinweg erhalten bliebe (Ebd.).

Das Imagekonzept des Rödelheimer Wegs war die Antwort Eschborns auf die veränderte Rolle, die der suburbane Raum in den 1990er Jahren erhalten hatte. Wäh-rend die Umlandgemeinden noch in den 1970er Jahren von Familien geprägt waren, präsentierte sich die Bevölkerung der 1990er Jahre deutlicher heterogener. Das Um-land war zur Wohnrealität für breite Bevölkerungsschichten geworden und zuneh-mend zog es auch Singles, Paare und Senior*innen in die Vororte (Brake/Einacker/ Mäding 2005: 20–21). Mit dem Ziel einer eng geknüpften Nachbarschaft wollten die städtischen Gremien Eschborns einer Vereinzelung dieser Gruppen entgegenwir-ken. Die Konzentration auf Senior*innen lässt sich dabei auf den demographischen Wandel und die daraus resultierenden Überalterungsdiskurse zurückführen, die in der Bundespolitik im Hinblick auf die Rentenreform von 1989 geführt wurden (Har-dach 2008: 95), die aber auch ihren Einzug in kommunalpolitische Diskurse fanden: Eschborn stellte sich mit Konzepten wie *Am Rödelheimer Weg* und mit ersten Über-legungen zur Ausarbeitung eines Altenplans zunehmend auf die Herausforderung durch eine älter werdende Bevölkerung ein (Stadt Eschborn 1990).

In der Ausgestaltung des Viertels folgten die städtischen Gremien einem städtebaulichen Trend, der sich bereits seit den 1980er Jahren zum musterhaften Idealtypus entwickelte. Das Leitbild der Europäischen Stadt orientierte sich an ei-nem historischen Idealbild europäischen Städtebaus aus dem 19. Jahrhundert und stellte Nutzungsmischung, Vielfalt und Dichte in den Vordergrund. In Verbindung

mit einer attraktiveren städtischen Umwelt und einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollte es langfristig die Lebensqualität in Städten steigern (Holl/Jessen 2007: 296). Auch wenn Eschborn nicht auf eine Historie als Stadt zurückblicken konnte, zeigten sich doch Spuren des Leitbilds im Viertel Am Rödelheimer Weg – angepasst an die Möglichkeiten und Lebensrealitäten der Kleinstadt. So bemühten sich die städtischen Politiker*innen, mit einem Block aus Energiesparhäusern den zunehmenden Forderungen nach nachhaltigerem und umweltfreundlicherem Städtebau Rechnung zu tragen (Kalinowski 1995). Eine Durchmischung des Viertels sollte durch die Verbindung unterschiedlicher öffentlicher Einrichtungen im sogenannten Erlebnishaus erreicht werden, sowie durch die Schaffung einer heterogenen Nachbarschaft zwischen Familien, Singles und der Altentagesstätte (Stadt Eschborn 2022).

Diese Nachbarschaft, die die Stadt in den 1990er Jahren bewarb – familiär, ruhig, beständig – unterschied sich in weiten Teilen von der früheren Konzeption des Wohnbaugebiets. Dies ist auch auf einen Wandel der Zielgruppen für den Rödelheimer Weg zurückzuführen: In den 1990er Jahren erwartete die Stadt vor allem den Zuzug von Senior*innen und jungen, mittelständischen Familien, die einen Rückzugsort aus der Großstadt suchten. In den wachstumsstarken 1970er Jahren dagegen hatte die Stadt mit einer deutlich höheren Anzahl an Frankfurter Arbeitnehmer*innen gerechnet, die es aufgrund zu hoher Mieten und der Wohnungsknappheit der Großstadt ins Umland verschlug. Das damals vorgesehene Viertel orientierte sich daher an städtischen Maßstäben: In den Wohnhöfen der Nassauischen Heimstätte sollten urbane Nachbarschaften entstehen, mit gemeinschaftlich nutzbaren Räumen in jedem der thematisch unterschiedlichen Baukomplexe. Als Identifikationspunkte sollten sie durch einen Hauptspazierweg verbunden werden, entlang dessen kleinere Läden und Gastronomien vorgesehen waren. Auch das Konzept des angedachten Kommunikationszentrums fügte sich in diese Leitlinie ein: Mit Straßencafé und Versammlungssaal sollte es zu einem Ort des kulturellen und demokratischen Austauschs avancieren (Stadt Eschborn/Planungsgruppe P4 1973: 7–8, 13). Das später verwirklichte Pendant zu dem Kommunikationszentrum war das Erlebnishaus, das in seiner Rolle als Begegnungsort das Konzept der generationsübergreifenden Gemeinschaft unterstützt. Als Herzstück des Wohngebiets vereint es Kindertagesstätte, Vereinsheim und Versammlungsort und bietet so Kindern und Jugendlichen, Senior*innengruppen und Vereinen Platz. Das Erlebnishaus fungiert als Begegnungsort für die gesamte Nachbarschaft (Stadt Eschborn 2022).

Abb. 3: Das Erlebnishaus in Eschborn

Noah Näscher 2022

Vor dem Hintergrund der intensiven Werbung der Stadt für das Wohngebiet Am Rödelheimer Weg, aber auch bedingt durch die steigende Zahl an Wohnungssuchenden in Eschborn und die Wohnungsknappheit im Ballungsraum Rhein-Main, war die hohe Nachfrage nach Grundstücken in dem Neubaugebiet wenig verwunderlich. Die Integration des neuen Viertels in die bestehende Stadtstruktur gelang allerdings nur schleppend. Noch 1997 kritisierten Bewohner*innen den fehlenden Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr in den Ortskern Eschborns und betonten die Schwierigkeiten, soziale Kontakte außerhalb des Wohngebiets zu knüpfen (Propson-Hauck 1997). Und auch innerhalb des Quartiers mangelte es in allen Altersgruppen an gemeinschaftlich nutzbaren Räumen, die die Herausbildung einer Gemeinschaft und die Identifikation mit dem Wohngebiet Am Rödelheimer Weg fördern könnten: Ende der 1990er Jahre konnte der Rödelheimer Weg nur einen Spielplatz vorweisen; das lange geplante sogenannte Kinderhaus, in dem auch weitere Gemeinschaftseinrichtungen unterkommen sollten, ließ aufgrund von Uneinigkeiten der städtischen Politik hinsichtlich des Konzepts auf sich warten (Wehr 1997; Kiekheben-Schmidt 1995). Als es 2002 schließlich unter dem Namen Erlebnishaus verwirklicht wurde, wurde es rasch von der Bevölkerung angenommen. Bis heute handelt es sich um eine viel genutzte Einrichtung, in der unter anderem feste Sportangebote, Vorträge und private Feiern stattfinden; auch ein selbstverwaltetes Senior*innencafé etablierte sich (Stadt Eschborn 2003). Das Erlebnishaus bleibt allerdings der einzige Identifikationspunkt im Neubaugebiet Am Rödelheimer Weg. Bis auf zwei Spielplätze entstanden keine öffentlichen Räume oder Plätze. Auch aus der »Skulpturenachse«, einem Projekt zur Gestaltung des Stadtgebiets mit Kunst und

Skulpturen, wurde der Rödelheimer Weg (bisher) ausgespart (Magistrat der Stadt Eschborn 2008). Das Viertel präsentiert sich damit als reine Wohnzone nach dem Vorbild der klassischen Einfamilienhaussiedlung.

Fazit

Im Rückblick auf die rund 35-jährige Entstehungsgeschichte des Eschborner Wohngebiets *Am Rödelheimer Weg* werden die grundlegenden Veränderungen von der Ausarbeitung seiner frühesten Planungskonzepte Anfang der 1970er Jahre bis zur Fertigstellung des letzten Wohnhauses 2007 deutlich (Schiefenhövel 2007). Beispielhaft zeigt es dabei den enormen Wandel suburbaner Stadtbauvisionen und -vorstellungen im Lauf der Jahrzehnte.

Während die Planer*innen der 1970er Jahre noch den Fokus auf Expansion und Verdichtung legten, rückten diese Ziele vor dem Hintergrund einer Abnahme des suburbanen Bevölkerungswachstums Stück für Stück zurück. Im Gleichklang mit dem allgemeinen Wandel städtebaulicher Zielsetzungen verschob sich auch in Eschborn der Blickpunkt hin zu Sanierung und Erhaltung der Ortsstruktur. Konkret resultierte dies in der Abkehr von der vorgesehenen Großsiedlung und den darin angedachten Hochhäusern: Anstelle der Errichtung einer hohen Menge an möglichst dichtem und günstigem Wohnraum entwickelte sich das Schlagwort »Wohnqualität« zur Leitlinie der 1980er und 1990er Jahre. Ziel war die Schaffung einer flachen, aufgelockerten Siedlungsstruktur; Dieser fundamentale Wandel war nicht nur eine Konsequenz kommunalpolitischer Veränderungen, sondern folgte strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen wie auch zeitgenössischen städtebaulichen Diskursen. Dies wird gerade am Beispiel Eschborn deutlich: in der praktischen Umsetzung der Planung, aber auch in den Debatten zwischen Politik und Öffentlichkeit.

Die zunehmende Mitwirkung der Bürgerschaft und die Einforderung einer Beteiligung an städtischer Planung ist dabei Ausdruck der Demokratisierung von Stadtplanung seit den 1970er Jahren (Haumann 2015: 87). In Eschborn wird sie anhand von Flugblättern und Leserbriefen, durch Gesprächskreise und Bürger*inneninitiativen sichtbar. Hinter ihnen stand eine Reihe unterschiedlicher Akteur*innen – sowohl städtisch als auch zivilgesellschaftlich –, die ihre Bedürfnisse und Vorstellungen in dem neuen Wohngebiet umsetzen wollten. Die Konflikte zwischen ihnen behandelten städtebaulich-ästhetische, aber auch infrastrukturelle, bis hin zu sozialen Gesichtspunkten. Sie wurden in unterschiedlichem Maße von der städtischen Planung aufgegriffen: Während sich die Politiker*innen Eschborns noch in den 1970er Jahren offen für konkrete Planungsvorschläge zeigten und bürgerliches Engagement teils aktiv förderten, stellte sich die Situation in den späten 1980er Jahren anders dar. Bei der Neuplanung des Gebiets bemühte sich

die Stadt weniger stark um eine Einbindung der Öffentlichkeit zur Mitgestaltung: Bedingt war das einerseits durch den fehlenden Handlungsspielraum der Stadt in den Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft – andererseits war auch in der Bürgerschaft die Initiative zur stadtplanerischen Beteiligung gesunken. Diese kam erst wieder mit der Frage nach der künftigen sozialen Struktur Eschborns auf: eine Frage, die das grundsätzliche Selbstverständnis der Stadt berührte.

Das Baugebiet Am Rödelheimer Weg wurde dabei zum Spiegel der städtischen Repräsentation Eschborns. Das zeigt sich besonders im direkten Vergleich zwischen den Planungsentwürfen der frühen 1970er Jahre und ihrer Umsetzung in den 1990er Jahren. Auf der Basis der ersten Entwürfe der Planungsgruppe P4 sah die Stadt die Schaffung eines urbanen Quartiers vor. Es sollte die erwartete Nachfrage nach günstigem und sozial gefördertem Wohnraum decken und dabei die dichte Bebauung mit Konsum- und Freizeiteinrichtungen verbinden. Mit dem Ziel der weiteren Expansion präsentierte sich Eschborn als angehende Satellitenstadt: ein Vorort mit städtischem Charakter, der als Wohn- und Lebensraum in direkte Konkurrenz zum benachbarten Frankfurt trat.

Die Umsetzung verleiht Eschborn jedoch ein anderes Gesicht: In Reaktion auf den demographischen Wandel und die veränderte Nachfragesituation auf dem Wohnungsmarkt entstand am Rödelheimer Weg ein Viertel, das speziell auf die Bedürfnisse von Senior*innen und jungen Familien ausgerichtet ist. In das Konzept des Begegnungsraums der Generationen fügt sich das Erlebnishaus ein, das das angedachte Kommunikationszentrum ersetzte. Genutzt wird es vor allem als Betreuungs- und Fürsorgeeinrichtung für verschiedene Bevölkerungsgruppen, aber auch als Ort des Austauschs für lokale Gruppen oder Vereine. Hier, wie auch in der Planung der Reihen- und Mehrfamilienhäuser zeigt sich anstelle des Fokus auf einer Nachahmung großstädtischer Urbanität und Dichte eine Rückbesinnung aufs Kleinstädtische. Die vorstädtische Idylle mit einer engen und beständigen Nachbarschaft wurde aktiv konzeptioniert und beworben. Eschborn präsentierte sich dabei als Rückzugsort aus der Metropole heraus.

Der Blick auf das Baugebiet Am Rödelheimer Weg zeigt den Wandel der Rolle auf, die sich Eschborn selbst als Stadt und im regionalen Siedlungsgefüge zuschrieb, und wie dieser Wandel gleichermaßen von äußeren Faktoren und inneren Debatten geprägt wurden. Dabei sind die fundamentalen Veränderungen, die der Rödelheimer Weg konzeptionell und baulich durchlief, auch Ausdruck der Suche nach einer Antwort auf die Frage, welches Bild, welche Bedeutung und welche Aufgaben suburbane Gemeinden im ausgehenden 20. Jahrhundert tragen sollten. Die Geschichte des Wohngebiets Am Rödelheimer Weg ist daher nicht nur eine Geschichte der suburbanen Stadtentwicklung, sondern auch der Fortschreibung städtischer Visionen in Eschborn: Sie zeichnet den Weg der Kleinstadt in ihrem Streben nach einem eigenen Selbstverständnis von Suburbanität nach.

Literatur

- BGE Eschborn (1981): Flugblatt »Protest-Turm«, Registratur 0210–0509, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Birkenmaier, Peter (1978): »Emsige Betriebsamkeit im Eschborner Baugebiet Am Rödelheimer Weg« in: Frankfurter Rundschau vom 15.09.1978, Nachlass W. 1978/79, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Brake, Klaus (2004): »Der suburbane Raum als Standorttyp. Zwischen ›Appendix‹ und ›Abkoppelung‹?«, in: Bölling, Lars/Sieverts, Thomas (Hg.), Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft (= Zwischenstadt, Band 1), 196–199.
- Brake, Klaus/Dangschat, Jens S./Herfert, Günter (2001): »Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen«, in: Dies. (Hg.), Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen: Leske + Budrich, 7–11, https://doi.org/10.1007/978-3-663-11566-3_1
- Brake, Klaus/Einacker, Ingo/Mäding, Heinrich (2005): Kräfte, Prozesse, Akteure. Die Empirie der Zwischenstadt (= Schriftenreihe Zwischenstadt, Band 3). Wuppertal: Müller + Busmann.
- CDU Eschborn (1993): »Wir können was bewegen«, Nachlass W. 1993, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Du Bois, Herbert (1996): »Rödelheimer Weg«, in: Baukultur 1, 19–25.
- Ehmer, Josef (2004): Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800–2000 (= Reihe Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Band 71), München: Oldenbourg Verlag.
- Flagge, Ingeborg (1999): »Zwischen Leitbild und Wirklichkeit. Über Architekturideen und Wohnräume; über Zumutungen und Banalitäten im Wohnungsbau nach 1945«, in: Dies. (Hg.), Geschichte des Wohnens, Band 5: 1945 bis heute Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 807–950.
- Hardach, Gerd (2008): »Altersarbeit, Alterseinkommen und Altersstruktur in Deutschland seit dem neunzehnten Jahrhundert«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 49, De Gruyter 77–104, <https://doi.org/10.1524/jbwg.2008.49.1.77>
- Harlander, Tilman (1999): »Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik«, in: Flagge, Ingeborg (Hg.), Geschichte des Wohnens, Band 5: 1945 bis heute Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 233–417.
- Haumann, Sebastian (2015): »Protest und Wertewandel. Zur Dynamik von Planungskulturen in den 1970er Jahren«, in: Othengrafen, Frank (Hg.), Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen (= Reihe Planungsrundschau, Band 23), Berlin: Verlag Uwe Altrock, 87–110.
- Hoertrich, Susanne (1990): »Koch entlarvt sich selbst«, in: Frankfurter Rundschau vom 19.05.1990, Nachlass W. 1989/90, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.

- Holl, Christian/Jessen, Johann (2007): »Aufwertung des innerstädtischen Wohnens seit den 1970er Jahren«, in: Harlander, Tilman (Hg.), *Stadtwohnen. Geschichte Städtebau Perspektiven*, München: Wüstenrot Stiftung, 276–309.
- Huth, Konrad (1973): »Das teuerste Bauerwartungsland der Region«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.06.1973.
- Kalinowski, Udo (1995): »Eigenheim mit Anwartschaft auf Altenheimplatz«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 09.02.1995.
- Kaup, Gernot (1993): »Die bauliche Entwicklung der Gemeinden am Beispiel Eschborn«, in: *Zwischen Main und Taunus – MTK-Jahrbuch* 1, 59–68.
- Kiekheben-Schmidt, Detlef (1995): »CDU und SPD streiten um einen Kinderhof«, in: *Höchster Kreisblatt* vom 07.09.1995, Registratur 0000–2002 Bd. XIII, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Kiekheben-Schmidt, Detlev (1975): »SPD-Fraktion gegen Änderungen am Rödelheimer Weg«, in: *Eschborner Stadtspiegel* vom 17.04.1975, *Eschborner Stadtspiegel* 1975, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Kiekheben-Schmidt, Detlev (1976): »Änderung im Baugebiet ›Am Rödelheimer Weg‹«, in: *Eschborner Stadtspiegel* vom 16.9.1976, Nachlass W. 1976, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Köhler, Manfred (1992): »Nun doch Sozialwohnungen statt teurer Eigenheime?«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14.02.1992, Nachlass W. 1991/1992, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Konanz, Hans (1975): »Arbeitskreis ›Urbs Humana‹ resigniert«, in: *Höchster Kreisblatt* vom 15.02.1975, Registratur 0210–0504, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Kuhn, Gerd (2006): »Suburbanisierung in historischer Perspektive«, in: Zimmermann, Clemens (Hg.), *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 61–81.
- Kühne-Büning, Lidwina/Plumpe, Werner/Hesse, Jan-Otmar (1999): »Zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Regulierung und Konjunktur. Die Entwicklung der Wohnungsmärkte in der Bundesrepublik 1949–1989/1990–1998«, in: Flaggé, Ingeborg (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Band 5: 1945 bis heute Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 153–232.
- Landratsamt Main-Taunus-Kreis (1974): »Wahl von sachkundigen Bürgern in der Planungskommission der Stadt Eschborn«, Schreiben an den Magistrat der Stadt Eschborn vom 15.07.1974, Registratur 0030–9100, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Magistrat der Stadt Eschborn (2007): »Eschborn Dialog«, Eschborn.
- Meyer, Bernd/Meyer-Woeller, Ulrike (2005): *100 Jahre Deutscher Städtetag. Die Zukunft liegt in den Städten*. Baden-Baden: Nomos.
- O.V. (1981): »Bürgergemeinschaft besetzt 1000-Wohnungen-Bauland«, in: *Höchster Kreisblatt* vom 19.03.1981, Registratur 0210–0510, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.

- Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (2015): »Konflikte, Proteste, Initiativen und die Kultur der Planung. Stadtentwicklung unter demokratischen Vorzeichen«, in: Othengrafen, Frank (Hg.), Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen (= Reihe Planungsrundschau, Band 23), Berlin: Verlag Uwe Altrock, 7–30.
- Propson-Hauck, Martina (1997): »Neubürger haben noch wenig Kontakt zu den ›Ureinwohnern‹«, in: Frankfurter Rundschau vom 19.04.1997, Nachlass W. 1997, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Regionale Planungsgemeinschaft Untermain (1973): »Gutachterliche Stellungnahme für den Bereich der Stadt Eschborn. Registratur B-00.003.140«, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Rückert, Joachim (2006): »Stadt – Land – Recht – Agglomeration – Europa«, in: Lenger, Friedrich Lenger/Tenfelde, Klaus (Hg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion, Köln: Böhlau Verlag, 171–231.
- Schiefenhövel, Jan (2007): »Platz für 1500 neue Bürger«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.07.2007.
- Schott, Dieter (2016): »Die Geschichte der Bundesrepublik als Stadtgeschichte erzählen. Schlaglichter aus der Perspektive der Stadt«, in: Bajohr, Frank et al. (Hg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen: Wallstein Verlag, 159–174.
- Selle, Klaus (1996): »Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück«, in: Ders. (Hg.), Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden/Berlin: Bauverlag, 61–78.
- Soyka, Andrea (2012): »Arbeiten in der Zwischenstadt. Raumwirtschaftliche Strukturen und Pendlerverflechtungen in Rhein-Main«, in: Zimmermann, Karsten et al. (Hg.), Die diskutierte Region. Probleme und Planungsansätze der Metropolregion Rhein-Main, Frankfurt/New York: Campus, 123–153.
- SPD Eschborn (1995): »SPD Eschborn informiert 1/1995. Nachlass W. 1995«, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1969): »Beschlussvorlage zur Beschlussfassung über den Entwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Eschborn vom 10. Januar 1969. Registratur B-00.003.127«, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1973): »Sitzungsniederschrift vom 29.05.1973«, Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn. Legislaturperiode 1972/1977, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1973a): »Sitzungsniederschrift vom 4.7.1973«, Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn. Legislaturperiode 1972/1977, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.

- Stadt Eschborn (1990): »Sitzungsniederschrift vom 29.3.1990«, Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn. Legislaturperiode 1989/1993, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1990a): »Sitzungsniederschrift vom 17.5.1990«, Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn. Legislaturperiode 1989/1993, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1991): »Unsere Stadt. Dezember 1991«, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (1992): »Sitzungsniederschrift vom 26.3.1992«, Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn. Legislaturperiode 1989/1993, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (2002): »Erlebnishaus in Eschborn«, Pressemitteilung vom 30.09.2002, Pressemitteilungen P-44, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (2003): »Erlebnishaus präsentiert sich auf dem Eschenfest«, Pressemitteilung vom 20.05.2003, Pressemitteilungen P-45, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (2006): »Letztes Puzzlestück am Rödelheimer Weg feiert Richtfest«, Pressemitteilung vom 25.07.2006, Pressemitteilungen P-54, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Stadt Eschborn (2022): »Das Erlebnishaus«, <https://www.eschborn.de/leben-in-eschborn/das-erlebnishaus> vom 14.04.2022.
- Stadt Eschborn/Planungsgruppe P4 (1973): »Stadt Eschborn Wohnanlage ›Am Rödelheimer Weg‹«, Eschborn.
- Stadt Eschborn/Regionale Planungsgemeinschaft Untermain (1972): »Städtebaulicher Wettbewerb Stadt Eschborn«, Eschborn.
- Städtebauförderungsgesetz (1971): »Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz) (St-BauFG) vom 27. Juli 1971« (BGBl I 1971, 1125).
- Urbs Humana (1973): »Eschborn Programm«, Flugblatt vom 23.12.1973, Registratur 0210-0504, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Urbs Humana (1974): »Bürger-Beteiligung«, Flugblatt vom 13.07.1974, Registratur 0210-0504, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Wehr, Stefanie (1997): »Neubaugebiet soll verkehrsberuhigte Zone werden«, In: Höchster Kreisblatt vom 25.04.1997, Nachlass W. 1997, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.
- Woyke, Meik (2006): »Einfamilienhausidyllen, Shopping-Center, Golfplätze. Grundzüge der interdisziplinären Suburbanisierungsforschung und erfahrungs geschichtliche Perspektiven«, <https://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-76-vom-12.09.2006>.

Abbildungen

Abbildung 1: Stadt Eschborn (1974): Bebauungsplan 152, Hofheim: Archiv Förderkreis Denkmalpflege Main-Taunus-Kreis e.V.

Abbildung 2: Stadt Eschborn (1992): Bebauungsplan 212, Bebauungspläne, Eschborn: Stadtarchiv Eschborn.

Abbildung 3: Noah Nätzcher (2022): Erlebnishaus Eschborn, Eschborn.